

# Handbuch IT-Vergabe

Osseforth

2022

ISBN 978-3-406-75144-8

C.H.BECK

# Handbuch IT-Vergabe

GWB (Teil 4) · VgV · SektVO · KonzVgV  
VSVgV · UVgO · VOL/A · VOB/A(-EU)  
VO PR 30/53 · UfAB · EVB-IT

Herausgegeben von

**Tobias Osseforth**

Fachanwalt für Vergaberecht in München

  
**beck-shop.de**  
2022  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
C.H. BECK

Zitiervorschlag:  
Osseforth, IT-Vergabe-HdB/*Bearbeiter*, § ... Rn. ....

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 75144 8

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH  
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar  
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

*Im Interesse der besseren Lesbarkeit wird in dem gesamten Werk auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen beziehen sich gleichwohl auf alle Arten von Personen, unabhängig von deren Geschlecht.*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Vorwort

In einem Ranking der Europäischen Kommission zum E-Government Benchmark 2020 erreichte Deutschland Platz 18 von 28 EU-Mitgliedstaaten. In dem E-Government Development Index 2020 der Vereinten Nationen rangiert Deutschland auf Platz 25 von 193 Nationen. Im Jahr 2018 erreichte Deutschland hier noch Platz 12. Die aktuellen Platzierungen sind für Deutschland schmerzhaft, besonders unter Berücksichtigung des Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland, ein moderner, technologiebasierter Staat zu sein. Deutschland ist deshalb bestrebt, die Digitalisierung mit großen Schritten voranzubringen. „Digitalisierung“ wird hierbei als ein Prozess verstanden, der auf der intelligenten Vernetzung von Prozessketten und einer durchgängigen Erfassung, Aufbereitung, Analyse und Kommunikation von Daten beruht (siehe den Referentenentwurf zum Gesetz über die Digitalisierung im Freistaat Bayern (Bayerisches Digitalgesetz – BayDiG) vom 6.7.2021).

Beispielsweise verpflichtet das Onlinezugangsgesetz (OZG) aus dem Jahr 2017 die öffentliche Verwaltung, mithin den Bund, die Länder und die Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Für öffentliche Auftraggeber bedeutet dies, dass sich die Anzahl an Beschaffungsvorgängen im IT-Sektor und auch deren Komplexität stetig erhöht.

Flankiert durch die Folgen der Covid-19-Pandemie sucht die öffentliche Verwaltung zudem nach innovativen technischen Lösungen, damit sie auch in Zeiten von Kontakteinschränkungen ihre Aufgaben digital uneingeschränkt, anwenderfreundlich und effizient wahrnehmen kann.

Für die damit einhergehende hohe Anzahl an verschiedensten Beschaffungsvorgängen im IT-Bereich stellt das Vergaberecht eine Vielzahl an Werkzeugen zur Verfügung, um die Beschaffung rechtskonform und effizient zu bewältigen. Dabei darf das wesentliche Ziel nicht aus den Augen verloren gehen, dass die IT-Systemlandschaft leistungsfähig sein muss und zugleich die hohen Anforderungen an eine ausreichende IT-Sicherheit gewährleistet werden. Weiter müssen digitale Services nutzerfreundlich sein, bei gleichzeitiger effizienter Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Autoren und der Herausgeber dieses Handbuchs zum Ziel gesetzt, den Lesern ein Werk zur Verfügung zu stellen, in dem die Werkzeuge zur rechtskonformen und effektiven Beschaffung von IT-Leistungen unter Beachtung des Vergaberechts vermittelt werden.

Dieses Handbuch beginnt mit der Darstellung der Grundlagen des Vergaberechts in **Kapitel 1**, in dem die Grundsätze des Vergaberechts, der Anwendungsbereich sowie die Bedeutung der Europäischen Schwellenwerte und der nationalen Wertgrenzen beschrieben und die Möglichkeiten sowie Fallstricke von vereinfachten Verfahren aufgezeigt werden. In diesem Kontext wird auch die Schätzung des Auftragswerts näher betrachtet.

Das Handbuch gliedert sich sodann chronologisch. Die elementar wichtige Vorbereitung des Vergabeverfahrens wird in **Kapitel 2** beleuchtet, beginnend mit dem allgegenwärtigen Datenschutz und dem Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge. In diesem Kapitel werden zudem Leistungsbeschreibungen, EVB-IT-Verträge und die Verwendung der UfAB 2018 behandelt. Außerdem spielen in diesem Kapitel die Ausschlusskriterien, Eignungskriterien, Eignungsnachweise sowie Zuschlagskriterien und Wertungsformeln als auch sonstige Stellschrauben des Vergaberechts eine gewichtige Rolle.

Das Handbuch geht über zur Einleitung des Vergabeverfahrens in **Kapitel 3**, mit den verschiedenen Bekanntmachungen.

Es folgt das wichtige **Kapitel 4** mit der Durchführung des Vergabeverfahrens bis hin zur Beendigung selbigen. In diesem Kapitel werden insbesondere die Vergabeverfahrensarten, die Teilnahme- und Angebotsphase sowie die Prüfung und Wertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten beleuchtet.

In **Kapitel 5** werden die Rechtsfolgen bei Vergabeverstößen und der Rechtsschutz beschrieben.

Während sich das **Kapitel 6** den vergaberechtlichen Besonderheiten während der Vertragsausführung widmet, mithin dem Umgang mit Vertragsänderungen.

Das Handbuch schließt mit IT-Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich in **Kapitel 7**. Hier nimmt die Anwendung des Preisrechts nach der Verordnung PR 30/53 eine gewichtige Rolle ein.

Um die Digitalisierung auch im vergaberechtlichen Prozessrecht voranzubringen, sind zudem Gesetzgeber und Nachprüfungsinstanzen gefragt. Damit beispielsweise die vergaberechtliche Rechtsprechung in Zukunft noch effizienter digital agieren kann, ist es erstrebenswert, wenn die Einreichung von Nachprüfungsanträgen und insbesondere von solchen Schriftsätzen, die Sachanträge enthalten, mittels des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) auch bei den Vergabekammern zeitnah rechtlich möglich wird. Die Durchführung von digitalen mündlichen Verhandlungen mittels Videokonferenz bei allen Vergabekammern und Vergabesenaten bei vollumfänglicher Gewährung des Anspruchs auf rechtliches Gehör würde einen weiteren deutlichen Fortschritt bedeuten. Durch die damit verbundene Reduzierung der Reisetätigkeit könnten auch die Verfahrensbeteiligten einen weiteren Beitrag zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten.

Ich bedanke mich bei allen Autoren herzlich für deren außergewöhnliches Engagement und deren Bereitschaft, ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den Lesern zu teilen. Damit haben alle Autoren gemeinsam entscheidend zum Gelingen dieses Werkes beigetragen.

Ein besonderer Dank gilt vor allen Dingen dem zuständigen Leiter des Lektorats, Herrn Dr. Roland Klaes, den beiden betreuenden sowie äußerst engagierten Lektorinnen, Frau Dr. Annalena Hanke und Frau Anke Teresa Schaub als auch der unermüdlichen Mitarbeiterin, Frau Martina Schöner.

Für Anregungen, Hinweise, Optimierungsvorschläge oder jegliche Kritik sind sowohl der Verlag C.H. Beck als auch der Herausgeber sehr dankbar. Gerne können Sie Ihre Anregungen dem Herausgeber gegenüber mündlich oder per E-Mail mitteilen, mit dem gemeinsamen Ziel, das Werk für die Leser und Anwender stetig an die neuesten Entwicklungen im IT-Bereich und dem Vergaberecht anzupassen und weiter zu optimieren.

Ich wünsche eine interessante und hilfreiche Lektüre.

München, im November 2021

*Tobias Osseforth*

## Bearbeiterverzeichnis

*Steffen Amelung*

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.  
§ 18 Beendigung des Vergabeverfahrens

*Dr. Jan Bonhage*

Rechtsanwalt, Berlin  
§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I

*Dr. Sven Brockhoff*

Rechtsanwalt, Stuttgart  
§ 13 Die Bekanntmachungen

*Dr. Michael Brüggemann*

Rechtsanwalt, Düsseldorf  
§ 21 Besonderheiten bei der IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich

*Dr. Jan Byok*

Rechtsanwalt, Düsseldorf  
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

*Dr. Jan Endler*

Rechtsanwalt und Dipl.-Volkswirt, Berlin  
§ 7 Produktneutralität

*Dr. Christiane Freytag*

Rechtsanwältin, Stuttgart  
§ 10 Ausschlussgründe, Eignungskriterien und Eignungsnachweise

*Prof. Dr. Dirk Heckmann*

Universitätsprofessor, TU München  
§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge

*Anna Maria Horschik*

Rechtsanwältin, Düsseldorf  
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

*Julia Krüger*

Syndikusrechtsanwältin, Bonn  
§ 9 Verwendung der UfAB 2018

*Dr. Stephen Lampert*

Rechtsanwalt, München  
§ 6 Pflichtenheft, Lastenheft und sonstige Leistungsbeschreibungen

*Tobias Osseforth*

Rechtsanwalt, München  
§ 3 Europäische Schwellenwerte, nationale Wertgrenzen, vereinfachte Verfahren und Schätzung des Auftragswerts

*Dr. Olaf Otting*  
Rechtsanwalt, Hanau  
§ 14 Die Vergabeverfahrensarten

*Prof. Dr. Anne Paschke*  
Universitätsprofessorin, TU Braunschweig  
§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um  
öffentliche Aufträge

*Dr. Marc Pauka*  
Syndikusrechtsanwalt, Bonn  
§ 9 Verwendung der UfAB 2018, § 22 Die Anwendung des Preisrechts  
nach der Verordnung PR 30/53

*Dr. Frank Roth*  
Rechtsanwalt, Köln  
§ 20 Umgang mit Vertragsänderungen

*Dr. Florian Schmitz*  
Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.  
§ 8 EVB-IT-Verträge

*Dr. Kai-Uwe Schneevogl*  
Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.  
§ 8 EVB-IT-Verträge, § 12 Sonstige Stellschrauben des Vergaberechts

*Dr. Marc Schweda*  
Rechtsanwalt, Hamburg  
§ 15 Die Teilnahme- und Angebotsphase

*Prof. Dr. Thorsten Siegel*  
Universitätsprofessor, Berlin  
§ 2 Anwendungsbereich

*Dr. Michael Sitsen*  
Rechtsanwalt, Düsseldorf  
§ 5 Vorbereitung und Beginn der Dokumentation sowie Vermeidung  
von Interessenkonflikten

*Matthias Steck*  
Vorsitzender der Vergabekammer Südbayern, München  
§ 19 Rechtsschutz, Rügen und Nachprüfungsanträge

*Simone Terbrack*  
Rechtsanwältin, Berlin  
§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I

*Dr. Julius von Lucius*  
Rechtsanwalt, Berlin  
§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II



*Dr. Olav Wagner*  
Rechtsanwalt, Berlin  
§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II

*Dr. Benjamin Wübbelt*  
Rechtsanwalt, Düsseldorf  
§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

*Prof. Dr. Dr. h.c. (NUM) Jan Ziekow*  
Universitätsprofessor, Universität Speyer  
§ 1 Grundsätze des Vergaberechts

*Christoph Zinger*  
Rechtsanwalt, Hanau  
§ 14 Die Vergabeverfahrensarten

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Bearbeiterverzeichnis .....	IX
Inhaltsverzeichnis .....	XIX
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXIX

## Kapitel 1 Grundlagen

### § 1 Grundsätze des Vergaberechts (Ziekow)

A. Einleitung (Ziekow) .....	1
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB (Ziekow) .....	3
C. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB, § 45 Abs. 2 SektVO (Ziekow) .....	6
D. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB (Ziekow) .....	14
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB (Ziekow) .....	18
F. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB (Ziekow) .....	19
G. Die Berücksichtigung von Innovation, EG 47 Richtlinie 2014/24/EU (Ziekow) .....	20
H. Der Vertraulichkeitsgrundsatz, § 5 VgV, § 5 SektVO, § 3 UVgO (Ziekow) .....	25

### § 2 Anwendungsbereich des Vergaberechts (Siegel)

A. Einleitung (Siegel) .....	29
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB sowie der Vergabeordnungen (VgV, SektVO, VSVgV, KonzVgV) (Siegel) .....	30
C. Anwendungsbereich des Haushaltsvergaberechts (Siegel) .....	43
D. Zusätzlicher Anwendungsbereich im Falle von Zuwendungen §§ 23, 44 BHO/LHO (Siegel) .....	48

### § 3 Europäische Schwellenwerte, nationale Wertgrenzen, vereinfachte Verfahren und Schätzung des Auftragswerts (Osseforth)

A. Einleitung (Osseforth) .....	50
B. Die Schwellenwerte der Europäischen Union, § 106 GWB (Osseforth) .....	52
C. Nationale Wertgrenzen (Osseforth) .....	55
D. Vereinfachte Verfahren (Osseforth) .....	66
E. Die Schätzung des Auftragswerts, § 3 VgV, § 2 SektVO (Osseforth) .....	69

## Kapitel 2 Vorbereitung des Vergabeverfahrens

### § 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge (Heckmann/Paschke)

A. Einleitung (Heckmann/Paschke) .....	96
B. Der Schutz personenbezogener Daten im Vergabeverfahren (Heckmann/Paschke) .....	96
C. Datenschutz als Anforderung und Bewertungsmaßstab für die öffentliche Auftragsvergabe (Heckmann/Paschke) .....	102
D. Das Wettbewerbsregistriergesetz im Kontext des Datenschutzrechts (Heckmann/Paschke) .....	106

### § 5 Dokumentation und Vermeidung von Interessenkonflikten (Sitsen)

A. Einleitung (Sitsen) .....	121
B. Dokumentation (Sitsen) .....	122
C. Vermeidung von Interessenkonflikten (Sitsen) .....	136

### § 6 Lastenheft, Pflichtenheft und sonstige Leistungsbeschreibungen (Lampert)

A. Einleitung (Lampert) .....	144
-------------------------------	-----

# Inhaltsübersicht

---

B. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung, § 121 GWB, §§ 31 ff. VgV, §§ 28 ff. SektVO, § 23 UVgO (Lampert) .....	151
C. Nutzungsrechte, § 31 Abs. 4 VgV, § 28 Abs. 4 SektVO (Lampert) .....	167
D. Aspekte der Nachhaltigkeit, § 31 Abs. 3 VgV, § 28 Abs. 2 SektVO (Lampert) .....	167
E. Energieeffizienz, Green IT und Green Energy, § 67 VgV, § 58 SektVO (Lampert) .....	167
F. Barrierefreiheit, § 121 Abs. 2 GWB, § 31 Abs. 5 VgV (Lampert) .....	168
G. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 30, 58 SektVO (Lampert) .....	168
H. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 23 UVgO (Lampert) .....	169

## § 7 Produktneutralität (Endler)

A. Einleitung (Endler) .....	171
B. Produktneutrale Ausschreibung als gesetzliches Leitbild (Endler) .....	172
C. Hinweise zur Umsetzung produktneutraler Ausschreibungen im Rahmen von IT-Vergaben (Endler) .....	182

## § 8 EVB-IT-Verträge (Schmitz/Schneevogl)

A. Einleitung (Schmitz/Schneevogl) .....	193
B. Überblick und Abgrenzung (Schmitz/Schneevogl) .....	195
C. Die verschiedenen EVB-IT-Musterverträge (Schmitz/Schneevogl) .....	199
D. Verwendung der EVB-IT Musterverträge (Schmitz/Schneevogl) .....	207

## § 9 Verwendung der UfAB 2018 (Pauka/Krüger)

A. Einleitung (Pauka/Krüger) .....	214
B. Die Verwendung der UfAB 2018 (Pauka/Krüger) .....	219
C. Fazit (Pauka/Krüger) .....	232

## § 10 Ausschlussgründe, Eignungskriterien und Eignungsnachweise (Freitag)

A. Einleitung (Freitag) .....	234
B. Zwingende Ausschlussgründe, §§ 122, 123, 126 Nr. 1 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO (Freitag) .....	235
C. Fakultative Ausschlussgründe, §§ 122, 124, 126 Nr. 2 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO (Freitag) .....	237
D. Nachweis der Selbstreinigung, § 125 GWB, § 31 Abs. 2 S. 3 UVgO (Freitag) .....	242
E. Eignungskriterien, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 33 UVgO (Freitag) .....	245
F. Eignungsnachweise, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 35 UVgO (Freitag) .....	250
G. IT-Zertifizierungen, IT-Gütezeichen, Qualitätssicherung und Umweltmanagement, §§ 34, 49 VgV, §§ 32, 49 SektVO, § 24 UVgO (Freitag) ...	256
H. Bietergemeinschaften, § 43 VgV, § 50 SektVO, § 32 UVgO (Freitag) .....	260
I. Unterauftragnehmer, § 36 VgV, § 34 SektVO, § 26 UVgO (Freitag) .....	263
J. Die Eignungsleihe, § 47 Abs. 1 bis 4 VgV, § 47 Abs. 1 bis 4 SektVO, § 34 UVgO (Freitag) .....	266
K. Das Selbstausführungsgebot, § 47 Abs. 5 VgV, § 47 Abs. 5 SektVO, § 26 Abs. 6 UVgO (Freitag) .....	268
L. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 142 GWB, 32, 34, 45–47, 49 f. SektVO (Freitag) .....	268
M. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 24, 26, 31 ff. UVgO (Freitag) .....	270

## § 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln (Byok/Wübbelt/Horschik)

A. Einleitung (Byok/Wübbelt/Horschik) .....	272
B. Zuschlagskriterien, § 127 GWB, § 58 VgV (Byok/Wübbelt/Horschik) .....	272
C. Wertungsformeln (Byok/Wübbelt/Horschik) .....	293
D. Berechnung von Lebenszykluskosten, § 127 Abs. 3 GWB, § 59 VgV, § 53 SektVO (Byok/Wübbelt/Horschik) .....	296
E. Benchmarks Performance Tests (Byok/Wübbelt/Horschik) .....	299

F. Besonderheiten im Sektorenbereich, § 53 SektVO ( <i>Byok/Wübbelt/Horschik</i> ) .....	300
G. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte ( <i>Byok/Wübbelt/Horschik</i> ) .....	300

**§ 12 Sonstige Stellschrauben des Vergaberechts** (*Schneevogl*)

A. Einleitung ( <i>Schneevogl</i> ) .....	301
B. Stellschraube Leistungsbestimmungsrecht ( <i>Schneevogl</i> ) .....	302
C. Stellschraube „Wahl der Vergabeart“ ( <i>Schneevogl</i> ) .....	306
D. Rahmenvereinbarungen und besondere Instrumente, § 103 Abs. 5, § 120 GWB, §§ 21 ff. VgV, §§ 19 ff. SektVO, §§ 15 ff. UVgO als Stellschrauben ( <i>Schneevogl</i> ) ....	310
E. Optionsrechte und Überprüfungs klauseln ( <i>Schneevogl</i> ) .....	311
F. Stellschrauben durch „Qualitative Zuschlagskriterien“ ( <i>Schneevogl</i> ) .....	314

**Kapitel 3 Einleitung des Vergabeverfahrens**

**§ 13 Die Bekanntmachungen** (*Brockhoff*)

A. Einleitung ( <i>Brockhoff</i> ) .....	318
B. Die EU-Auftragsbekanntmachung, § 37 VgV, § 40 VgV ( <i>Brockhoff</i> ) .....	320
C. Die EU-Vorinformation, § 38 VgV ( <i>Brockhoff</i> ) .....	330
D. Bereitstellung der Vergabeunterlagen, § 41 VgV, § 41 SektVO, § 29 UVgO ( <i>Brockhoff</i> ) .....	335
E. Direktauftrag und freiwillige Ex Ante-Transparenzbekanntmachung, § 135 Abs. 3 GWB ( <i>Brockhoff</i> ) .....	339
F. Die EU-Berichtigungsbekanntmachung ( <i>Brockhoff</i> ) .....	341
G. Die EU-Vergabebekanntmachung, § 39 Abs. 1 bis 4 VgV ( <i>Brockhoff</i> ) .....	342
H. Die EU-Auftragsänderungsbekanntmachung, § 39 Abs. 5 VgV ( <i>Brockhoff</i> ) .....	344
I. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 35 ff. SektVO ( <i>Brockhoff</i> ) .....	345
J. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte, §§ 27 ff. UVgO und § 12 VOL/A ( <i>Brockhoff</i> ) .....	347

**Kapitel 4 Durchführung des Vergabeverfahrens**

**§ 14 Die Vergabeverfahrensarten** (*Otting/Zinger*)

A. Einleitung ( <i>Otting/Zinger</i> ) .....	351
B. Besonderheiten bei Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, § 116 Abs. 1 Nr. 2 GWB ( <i>Otting/Zinger</i> ) .....	352
C. Wahl der Verfahrensart, § 119 Abs. 1, 2 GWB, § 14 VgV, § 13 SektVO ( <i>Otting/Zinger</i> ) .....	356
D. Die einzelnen Verfahrensarten, § 119 GWB, §§ 16–19 VgV, §§ 15–18 SektVO ( <i>Otting/Zinger</i> ) .....	360
E. IT-Planungswettbewerbe, § 103 Abs. 6 GWB ( <i>Otting/Zinger</i> ) .....	387
F. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte ( <i>Otting/Zinger</i> ) .....	388

**§ 15 Die Teilnahme- und Angebotsphase** (*Schweda*)

A. Einleitung ( <i>Schweda</i> ) .....	389
B. Fristenmanagement, §§ 15 ff., 20, 24 VgV; §§ 13 ff., 16, 65 SektVO; §§ 12 Abs. 6, 13, 54 UVgO ( <i>Schweda</i> ) .....	391
C. Umgang mit Bewerber-, Bieterfragen und Rügen ( <i>Schweda</i> ) .....	401
D. Öffnung der Teilnahmeanträge und der Angebote ( <i>Schweda</i> ) .....	404
E. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 13 UVgO ( <i>Schweda</i> ) .....	408

**§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I** (*Bonhage/Terbrack*)

A. Einleitung ( <i>Bonhage/Terbrack</i> ) .....	411
B. Die formale Prüfung, §§ 56 Abs. 1, 57 Abs. 1 VgV, § 51 Abs. 1 SektVO, §§ 41 Abs. 1, 42 Abs. 1 UVgO ( <i>Bonhage/Terbrack</i> ) .....	412
C. Prüfung der Unternehmen ( <i>Bonhage/Terbrack</i> ) .....	414

# Inhaltsübersicht

---

D.	Prüfung der Erfüllung von besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, §§ 128 f. GWB, § 61 VgV (Bonhage/Terbrack)	424
E.	Nachforderung und Aufklärung (Bonhage/Terbrack)	425
F.	Ausschluss von Unternehmen, Teilnahmeanträgen und Angeboten, §§ 122 ff. GWB, §§ 56 f. VgV (Bonhage/Terbrack)	429
G.	Besonderheiten in anderen Bereichen (Bonhage/Terbrack)	431
<b>§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II (von Lucius/Wagner)</b>		
A.	Einleitung (von Lucius/Wagner)	433
B.	Prüfung der Angemessenheit der Angebote (sog. Preisprüfung), § 60 VgV (von Lucius/Wagner)	434
C.	Prüfung anhand der Zuschlagskriterien (sog. Angebotswertung), § 127 GWB, § 58 f. VgV (von Lucius/Wagner)	449
D.	Aufklärungsgespräche, Verhandlungen und Dialoge über Angebotsinhalte (von Lucius/Wagner)	457
E.	Teststellungen und Präsentationen (von Lucius/Wagner)	463
F.	Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 52, 54 SektVO (von Lucius/Wagner)	467
G.	Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 43, 44 UVgO, §§ 16, 18 VOL/A (von Lucius/Wagner)	468
<b>§ 18 Beendigung des Vergabeverfahrens (Amelung)</b>		
A.	Einleitung (Amelung)	469
B.	Zuschlagerteilung (Amelung)	470
C.	Aufhebung des Vergabeverfahrens (Amelung)	482
<b>Kapitel 5 Rechtsfolgen bei Verstößen und Rechtsschutz</b>		
<b>§ 19 Rechtsschutz, Rügen und Nachprüfungsanträge (Steck)</b>		
A.	Einleitung (Steck)	506
B.	Rügen und Nachprüfungsanträge, §§ 155 ff. GWB (Steck)	507
C.	Rechtsschutz unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 935 ZPO, § 19 ThürVgG, § 19 LVG LSA (Steck)	560
D.	Schadensersatzansprüche, § 181 GWB, §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB (Steck)	562
E.	Rückforderung von gewährten Zuwendungen (Steck)	565
<b>Kapitel 6 Besonderheiten während der Vertragsausführung</b>		
<b>§ 20 Umgang mit Vertragsänderungen (Roth)</b>		
A.	Einleitung (Roth)	569
B.	Vorfrage: Unkritische Abweichungen im Projektverlauf oder vergaberechtsrelevante Auftragsänderung? (Roth)	574
C.	Zusätzliche Lieferungen und Leistungen im Rahmen zulässiger Auftragsänderungen oder im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb (Roth)	584
D.	Auftragsänderungen nach § 132 GWB (Roth)	589
E.	Sanktionierung bei wesentlichen Auftragsänderungen (Roth)	601
<b>Kapitel 7 IT-Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich</b>		
<b>§ 21 Besonderheiten bei der IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (Brüggemann)</b>		
A.	Einleitung (Brüggemann)	605
B.	IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich, § 104 GWB, § 1 ff. VSVgV (Brüggemann)	606

---

C. Leitlinien für die kooperative Beschaffung, Bekanntmachung der Kommission 2019/C 157/01 ( <i>Brüggemann</i> ) .....	624
D. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte ( <i>Brüggemann</i> ) .....	628
<b>§ 22 Die Anwendung des Preisrechts nach der Verordnung PR 30/53 (<i>Pauka</i>)</b>	
A. Einleitung ( <i>Pauka</i> ) .....	631
B. Anwendungsbereich des öffentlichen Preisrechts, § 2 VO PR 30/53 ( <i>Pauka</i> ) .....	638
C. Der Marktpreis (§ 4 VO PR) und das Verhältnis des Preisrechts zum Vergaberecht ( <i>Pauka</i> ) .....	643
D. Selbstkostenpreise, §§ 5 ff. VO PR 30/53 ( <i>Pauka</i> ) .....	650
E. Preisprüfung, § 9 ff. VO PR 30/53 ( <i>Pauka</i> ) .....	653
Sachverzeichnis .....	657



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Bearbeiterverzeichnis .....	IX
Inhaltsübersicht .....	XIII
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXIX

## Kapitel 1 Grundlagen

### § 1 Grundsätze des Vergaberechts

A. Einleitung .....	1
B. Der Wettbewerbsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB .....	3
C. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, § 97 Abs. 2 GWB, § 45 Abs. 2 SektVO .....	6
I. Grundlagen .....	6
1. EU-Recht .....	6
2. Verfassungsrecht .....	9
II. Regelungsgehalt .....	10
1. Grundsätze .....	10
2. Anwendungsfälle .....	11
D. Der Transparenzgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 1 GWB .....	14
I. Grundlegende Wirkungen .....	15
II. Benennung der Eignungs- und Zuschlagskriterien .....	16
III. Weitere Transparenzanforderungen .....	17
E. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB .....	18
F. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, § 97 Abs. 1 Satz 2 GWB .....	19
G. Die Berücksichtigung von Innovation, EG 47 Richtlinie 2014/24/EU .....	20
I. Technologische Innovation .....	22
II. Ökologische und soziale Innovationen .....	23
1. Potenziell relevante Aspekte .....	23
2. Zulässigkeit sozialer und ökologischer Aspekte .....	24
H. Der Vertraulichkeitsgrundsatz, § 5 VgV, § 5 SektVO, § 3 UVgO .....	25
I. Wahrung der Vertraulichkeit durch den öffentlichen Auftraggeber .....	26
II. Anforderungen an die Wahrung der Vertraulichkeit durch die Bieter .....	27

### § 2 Anwendungsbereich des Vergaberechts

A. Einleitung .....	29
B. Anwendungsbereich des EU-Kartellvergaberechts gemäß §§ 97 ff. GWB sowie der Vergabeordnungen (VgV, SektVO, VSVgV, KonzVgV) .....	30
I. Persönlicher Anwendungsbereich .....	30
1. Auftraggeber .....	30
2. Unternehmen .....	35
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	36
1. Auftragsbegriff gemäß § 103 GWB .....	36
2. Aufträge im Sektorenbereich gemäß § 102 GWB .....	38
3. Aufträge im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich gemäß § 104 GWB .....	38
4. Konzessionsbegriff gemäß § 105 Abs. 1 GWB .....	38
5. Gemischte Verträge .....	39
6. Rahmenvereinbarungen .....	39
7. Open-House-Vergaben .....	40

III. Ausnahmen .....	40
1. Allgemeine Ausnahmen .....	40
2. Besondere Ausnahmen .....	43
3. Die Grundfreiheiten als Auffangordnung .....	43
C. Anwendungsbereich des Haushaltsvergaberechts .....	43
I. Persönlicher Anwendungsbereich .....	44
1. Auftraggeber .....	44
2. Unternehmen .....	45
II. Sachlicher Anwendungsbereich .....	45
1. Entgeltliche Verträge gemäß § 55 Abs. 1 BHO/LHO .....	45
2. Abweichende Behandlung von Konzessionen? .....	45
III. Ausnahmen .....	46
IV. Anhang: Relevanz der Grundfreiheiten .....	46
1. Voraussetzung: Vorliegen eines grenzüberschreitenden Interesses .....	47
2. Relevanz im Haushaltsvergaberecht .....	47
D. Zusätzlicher Anwendungsbereich im Falle von Zuwendungen §§ 23, 44 BHO/LHO .....	48
 <b>§ 3 Europäische Schwellenwerte, nationale Wertgrenzen, vereinfachte Verfahren und Schätzung des Auftragswerts</b>	
A. Einleitung .....	50
I. Schwellenwerte, § 106 GWB .....	50
II. Nationale Wertgrenzen .....	51
III. Vereinfachte Verfahren .....	52
IV. Schätzung des Auftragswerts .....	52
B. Die Schwellenwerte der Europäischen Union, § 106 GWB .....	52
I. Anpassung der Schwellenwerte .....	52
II. Schwellenwerte 2020/2021 .....	53
III. Relevanter Zeitpunkt .....	53
1. EU-Auftragsbekanntmachung .....	53
2. Sonstige Einleitung des Vergabeverfahrens .....	54
3. Nationale Einleitung des Vergabeverfahrens .....	54
4. Wesentliche Vertragsänderung .....	54
C. Nationale Wertgrenzen .....	55
I. Wettbewerbsoffene Vergabeverfahren .....	55
II. Wettbewerbseinschränkende Vergabeverfahren .....	55
1. Unterschied zwischen den wettbewerbseinschränkenden Vergabeverfahren .....	55
2. Verhandlungsgebot .....	55
III. Wertgrenzenerlass .....	56
1. Persönlicher Anwendungsbereich .....	56
2. Öffnungsklausel, § 8 Abs. 4 Nr. 17 UVgO .....	57
3. Ablauf von wettbewerbseinschränkenden Vergabeverfahren, §§ 11, 12 UVgO .....	58
4. Whistleblower-Richtlinie .....	60
IV. Binnenmarktrelevanz .....	61
1. Objektive Kriterien .....	62
2. Relevante Auftragsgröße .....	62
3. Gründe für eine Vorab-Bekanntmachung .....	63
4. Veröffentlichungsmedien .....	64
5. Antrag auf Teilnahme kurz vor Beginn des Vergabeverfahrens .....	64
6. Nachgewiesene Binnenmarktrelevanz .....	64
7. Dienstleistungen im grenznahen Gebiet .....	65



8. Effektiver Rechtsschutz .....	65
D. Vereinfachte Verfahren .....	66
I. Direktauftrag, § 14 UVgO .....	66
II Vereinfachtes Verfahrens gemäß § 50 UVgO .....	67
III. Vereinfachtes Verfahren bei grundsätzlicher Anwendung der VOL/A .....	67
IV. Bestellscheinverfahren .....	68
1. Bestellscheinverfahren – Bund .....	68
2. Bestellscheinverfahren – Bundesländer .....	68
3. Allgemeines zum Bestellscheinverfahren .....	68
E. Die Schätzung des Auftragswerts, § 3 VgV, § 2 SektVO .....	69
I. Einführung .....	69
II. Methoden zur Berechnung des geschätzten Auftragswerts .....	69
1. Zahlbare Gesamtbetrag .....	69
2. Dokumentation, § 8 VgV .....	71
3. Ordnungsgemäße Berechnungsgrundlage .....	72
4. Nicht ordnungsgemäße Schätzung des Auftragswerts, § 3 Abs. 2 S. 1 VgV .....	75
5. Fallgruppen .....	78
III. Anwendungsbereiche für den geschätzten Auftragswert .....	88
1. Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens .....	88
2. Wesentliche Vertragsänderungen, § 132 GWB .....	91
3. Prozessuale Relevanz der vergaberechtlichen Schätzung des Auftragswerts .....	93

## **Kapitel 2 Vorbereitung des Vergabeverfahrens**

### **§ 4 Datenschutz und das Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge**

A. Einleitung .....	96
B. Der Schutz personenbezogener Daten im Vergabeverfahren .....	96
I. Anwendbarkeit der DSGVO .....	96
II. Öffentliche Auftraggeber und Vergabestellen als Verantwortliche .....	97
III. Bieter und Dritte als Betroffene .....	98
IV. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung im Vergabeverfahren .....	99
V. Wesentliche Verfahrensgrundsätze .....	101
C. Datenschutz als Anforderung und Bewertungsmaßstab für die öffentliche Auftragsvergabe .....	102
I. Bieter als Verantwortliche .....	102
II. Adressaten der ausgeschriebenen IT-Leistung als Betroffene .....	104
III. Rechtsgrundlage für die Forderung nach datenschutzkonformen IT-Leistungen .....	104
D. Das Wettbewerbsregistergesetz im Kontext des Datenschutzrechts .....	106
I. Anwendbarkeit des WRegG und Einsatzbeginn des Registers .....	106
II. Zweck der Errichtung des neuen Registers .....	106
III. Überblick über die Regelungen des WRegG .....	107
1. Grundlagen .....	107
2. Eintragungspflichtige Entscheidungen .....	107
3. Einzutragende Daten .....	107
4. Mitteilungs- und Eintragungspflicht; Absehen und Korrektur von Amts wegen .....	108
5. Möglichkeit zur Stellungnahme und Auskunftsrecht .....	108
6. Löschung von Einträgen wegen Fristablaufs .....	109
7. Löschung von Einträgen wegen Selbstreinigung .....	109

8. Abfragepflicht und Abfragerecht .....	110
9. Ausführung der Datenübermittlung und Datenspeicherung .....	111
10. Rechtsweg .....	111
IV. Übersicht über die Datenverarbeitungsvorgänge während des Lebenszyklus <sup>4</sup> eines Registereintrags .....	112
V. Personenbezug der verarbeiteten Daten .....	113
VI. Rechtfertigung der jeweiligen Verarbeitungsvorgänge .....	114
1. Anwendungsbereich der DSGVO hinsichtlich personenbezogener Daten .....	114
2. Rechtsgrundlagen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten .....	114
3. Keine entgegenstehenden Geheimnisschutzinteressen hinsichtlich der Verarbeitung der Daten von juristischen oder natürlichen Personen .....	115
VII. Wahrung der Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten und Betroffenenrechte .....	116
1. Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz .....	116
2. Zweckbindung .....	117
3. Datenminimierung .....	117
4. Schutz der Integrität und Vertraulichkeit .....	118
5. Speicherbegrenzung .....	118
6. Recht auf Vergessenwerden .....	118
7. Informationspflichten, Auskunftsrecht, Recht auf Berichtigung .....	119
<b>§ 5 Dokumentation und Vermeidung von Interessenkonflikten</b>	
A. Einleitung .....	121
B. Dokumentation .....	122
I. Rechtsgrundlagen und Bedeutung/Funktion .....	122
II. Allgemeines .....	123
III. Form und Zeitpunkt der Dokumentation .....	125
IV. Auswirkung und Heilung von Dokumentationsmängeln .....	126
V. Inhalt der Dokumentation (mit spezifischen Bezügen zu IT-Vergaben) .....	128
VI. Strafrechtliche Risiken bei nachträglicher Manipulation .....	133
VII. Besonderheiten in einigen Bereichen .....	134
C. Vermeidung von Interessenkonflikten .....	136
I. Allgemeines .....	136
II. Mitwirkungsverbot .....	137
1. Sachliche Reichweite des Mitwirkungsverbots .....	137
2. Betroffene Personen .....	138
3. Vorliegen eines Interessenkonflikts .....	138
III. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot .....	141
<b>§ 6 Lastenheft, Pflichtenheft und sonstige Leistungsbeschreibungen</b>	
A. Einleitung .....	144
I. Leistungsbeschreibung als Teil der Vergabeunterlagen .....	144
1. „Herzstück der Vergabeunterlagen“ .....	144
2. Bindungswirkung der Leistungsbeschreibung .....	145
3. Rahmen für die Angebotsgestaltung .....	146
4. Leistungsbeschreibung und Kriterienkatalog .....	147
II. „Lastenheft“ .....	147
1. Abgrenzung Pflichtenheft und Lastenheft .....	147
2. Verantwortlichkeit des Auftraggebers .....	148
III. „Pflichtenheft“ .....	149
1. Im Vergabeverfahren .....	149
2. Nach Vertragsschluss .....	149

B. Anforderungen an eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung,	
§ 121 GWB, §§ 31 ff. VgV, §§ 28 ff. SektVO, § 23 UVgO .....	151
I. Erstellung und Inhalte der Leistungsbeschreibung .....	151
1. Beschaffungsfreiheit des Auftraggebers .....	151
2. Wettbewerbsoffene Ausschreibung .....	152
3. Beschreibung des Auftragsgegenstandes .....	152
4. Verfahrensbestimmungen .....	153
5. Vertragliche Bestimmungen .....	153
6. Gliederung .....	154
II. „Eindeutige“ Leistungsbeschreibung .....	155
1. Allgemeine Anforderungen .....	155
2. Beschreibung funktionaler und nichtfunktionaler Anforderungen bei IT-Projekten .....	156
3. Projektphasen, Vorgehensmodelle .....	157
III. „Erschöpfende“ Beschreibung .....	158
1. Allgemeine Anforderungen .....	158
2. Beistellungen und Mitwirkungsleistungen .....	158
3. Technische Regeln .....	158
IV. Produkt- und Markenneutralität .....	159
V. Unzumutbarkeit der Kalkulation .....	159
VI. Beschreibungsarten .....	160
1. Funktionale Leistungsbeschreibung .....	160
2. Konstruktive Leistungsbeschreibung .....	161
3. Konventionelle Leistungsbeschreibung .....	161
4. IT-spezifische Standards und Normen .....	163
5. Rahmenvereinbarungen .....	163
VII. Auslegung der Leistungsbeschreibung .....	164
1. Objektiver Empfängerhorizont .....	164
2. Auslegungsregeln .....	164
VIII. Prüfungs-, Hinweis- und Rügeobliegenheit .....	166
IX. Änderungen der Leistungsbeschreibung .....	166
C. Nutzungsrechte, § 31 Abs. 4 VgV, § 28 Abs. 4 SektVO .....	167
D. Aspekte der Nachhaltigkeit, § 31 Abs. 3 VgV, § 28 Abs. 2 SektVO .....	167
E. Energieeffizienz, Green IT und Green Energy, § 67 VgV, § 58 SektVO .....	167
I. Energieeffizienz, Energieeffizienzklasse .....	167
II. Green IT .....	168
F. Barrierefreiheit, § 121 Abs. 2 GWB, § 31 Abs. 5 VgV .....	168
G. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 30, 58 SektVO .....	168
H. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 23 UVgO .....	169

**§ 7 Produktneutralität**

A. Einleitung .....	171
B. Produktneutrale Ausschreibung als gesetzliches Leitbild .....	172
I. Rechtlicher Rahmen und Bedeutung des Gebots der produktneutralen Ausschreibung .....	172
II. Produktneutralität .....	173
1. Verzicht auf Produkt- und Herstellervorgaben .....	173
2. Verzicht auf die Nennung von Leitfabrikaten .....	174
III. Zulässige Abweichungen vom Leitbild der produktneutralen Ausschreibung .....	175
1. Rechtfertigung von Produkt- und Herstellervorgaben .....	175
2. Rechtfertigung der Vorgabe von Leitfabrikaten .....	179

C. Hinweise zur Umsetzung produktneutraler Ausschreibungen im Rahmen von IT-Vergaben .....	182
I. Ermittlung des Beschaffungsgegenstandes .....	182
1. Interne Bedarfsanalyse: technische, wirtschaftliche und rechtliche Gesichtspunkte .....	183
2. Markterkundung .....	184
II. Auswirkungen auf die Wahl der Verfahrensart .....	186
III. Umsetzung in den Vergabeunterlagen .....	187
1. Auswirkungen auf die Leistungsbeschreibung .....	187
2. Konzeption des Wertungssystems .....	188
IV. Dokumentation im Vergabevermerk .....	189
V. Berücksichtigung im Vergabenachprüfungsverfahren .....	190
<b>§ 8 EVB-IT-Verträge</b>	
A. Einleitung .....	193
I. Historie und Zielrichtung .....	193
II. Anwendungspraxis .....	194
B. Überblick und Abgrenzung .....	195
I. Überblick .....	195
1. Vertrag .....	196
2. AGB .....	196
3. Formulare und sonstige Anlagen .....	197
II. Abgrenzung der BVB und EVB-IT .....	197
III. EVB-IT und AGB-rechtliche Inhaltskontrolle .....	198
C. Die verschiedenen EVB-IT-Musterverträge .....	199
I. Dienstleistung .....	199
II. Instandhaltung .....	200
III. Kauf .....	201
IV. Pflege S .....	202
V. Überlassung (Typ A und B) .....	203
VI. Erstellung .....	204
VII. Service .....	205
VIII. System und Systemlieferung .....	205
1. Besonderheiten des Systemvertrages .....	206
2. Besonderheiten des Systemlieferungsvertrages .....	206
D. Verwendung der EVB-IT Musterverträge .....	207
I. EVB-IT oder Individualvertrag? .....	207
1. Art des Projektes .....	207
2. Zeitrahmen/Ressourcen .....	207
3. Verhandlungs-/Ausschreibungssituation .....	208
4. Personalressourcen .....	208
5. Sprache .....	209
II. Auswahl des passenden Musters .....	209
1. Softwareprojekte mit vorgelagerter Feinkonzept- oder Spezifikationsphase .....	210
2. Agile Projekte .....	210
3. Outsourcing/Managed Services .....	211
<b>§ 9 Verwendung der UfAB 2018</b>	
A. Einleitung .....	214
I. Begriff und Ziel der UfAB .....	214
II. Entwicklung der UfAB .....	215

B. Die Verwendung der UfAB 2018 .....	219
I. Aufbau und wesentlicher Inhalt der UfAB 2018 .....	219
1. Überblick über den Aufbau der UfAB 2018 .....	219
2. Kapitel A der UfAB 2018 – „Einführung“ .....	220
3. Kapitel B der UfAB 2018 – „Planung einer Beschaffung“ .....	220
4. Kapitel C der UfAB 2018 – „Design einer Beschaffung“ .....	224
5. Kapitel D der UfAB 2018 – „Durchführung eines Vergabeverfahrens“ ...	225
6. Kapitel E der UfAB 2018 – „Ausgewählte Hinweise zur Vertragsdurchführung“ .....	225
7. Kapitel F der UfAB 2018 – „Vertiefung zu ausgewählten Themen“ .....	225
8. Checklisten .....	227
II. Die Bewertungsmethoden in der Vergabepraxis .....	228
1. Die Bewertungsmethoden .....	228
2. Die reine Preiswertung .....	229
3. Die Einfache Richtwertmethode .....	230
4. Die Erweiterte Richtwertmethode .....	231
C. Fazit .....	232
<b>§ 10 Ausschlussgründe, Eignungskriterien und Eignungsnachweise</b>	
A. Einleitung .....	234
B. Zwingende Ausschlussgründe, §§ 122, 123, 126 Nr. 1 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO .....	235
I. Katalogstraftaten, § 123 Abs. 1 Nr. 1 bis 10 GWB .....	235
II. Nichtentrichtung von Steuern und Abgaben, § 123 Abs. 4 GWB .....	236
III. Zurechnung persönlichen Verhaltens, § 123 Abs. 3 GWB .....	237
IV. Absehen vom Ausschluss, § 123 Abs. 5 GWB .....	237
C. Fakultative Ausschlussgründe, §§ 122, 124, 126 Nr. 2 GWB, § 42 VgV, § 31 UVgO .....	237
I. Fakultative Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 GWB .....	238
1. Verstoß gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB .....	238
2. Insolvenz oder vergleichbares Verfahren, § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB .....	238
3. Nachweislich schwere Verfehlung, § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB .....	239
4. Wettbewerbsbeschränkende Abreden, § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB .....	239
5. Interessenkonflikte, § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB .....	240
6. Vorbefassung, § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB .....	240
7. Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags, § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB .....	240
8. Schwerwiegende Täuschung, Zurückhalten von Auskünften, Nichtübermittlung von Nachweisen § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB .....	241
9. Unzulässige Beeinflussung, Informationserlangung oder -übermittlung, § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB .....	241
II. Weitere spezialgesetzliche Ausschlussgründe, § 124 Abs. 2 GWB .....	241
D. Nachweis der Selbstreinigung, § 125 GWB, § 31 Abs. 2 S. 3 UVgO .....	242
I. Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 GWB .....	242
1. Schadensausgleich, § 125 Abs. 1 Nr. 1 GWB .....	242
2. Aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber, § 125 Abs. 1 Nr. 2 GWB .....	243
3. Ergreifen konkreter technischer, organisatorischer und personeller Maßnahmen, § 125 Abs. 1 Nr. 3 GWB .....	244
II. Verfahren, § 125 Abs. 2 GWB .....	244
1. Zeitpunkt der Nachweisführung und Anhörungsgebot .....	244
2. Bewertung und Entscheidung .....	245

E. Eignungskriterien, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 33 UVgO .....	245
I. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, § 44 VgV, § 33 UVgO .....	247
II. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, § 45 VgV, § 33 UVgO .....	248
1. Mindestjahresumsatz, § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, Abs. 2 VgV .....	248
2. Bilanzen, § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 VgV .....	248
3. Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VgV .....	249
4. Weitere Eignungskriterien .....	249
III. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit, § 46 VgV, § 33 UVgO .....	249
F. Eignungsnachweise, § 122 GWB, § 44 ff. VgV, § 35 UVgO .....	250
I. Nachweis durch Präqualifikation, § 122 Abs. 3 GWB, § 48 Abs. 8 VgV .....	250
II. Vorläufiger Nachweis durch Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE), §§ 48 Abs. 3, 50 VgV, § 35 Abs. 3 UVgO .....	251
III. Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, § 45 Abs. 4 VgV .....	252
1. Bankerklärungen, § 45 Abs. 4 Nr. 1 VgV .....	252
2. Nachweis bestehender Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV .....	252
3. Jahresabschlüsse, § 45 Abs. 4 Nr. 3 VgV .....	253
4. Umsatzerklärungen, § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV .....	253
IV. Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, § 46 Abs. 3 VgV .....	253
1. Referenzen, § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV .....	253
2. Angabe der technischen Fachkräfte, § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV .....	254
3. Technische Ausrüstung, Qualitätssicherung, Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten, § 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV .....	255
4. Lieferkettenmanagement- und -überwachungssystem, § 46 Abs. 3 Nr. 4 VgV .....	255
5. Kontrolle, § 46 Abs. 3 Nr. 5 VgV .....	255
6. Studien- und Ausbildungsnachweise, § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV .....	255
7. Umweltmanagementmaßnahmen, § 46 Abs. 3 Nr. 7 VgV .....	256
8. Beschäftigtenzahl und Zahl der Führungskräfte, § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV .....	256
9. Ausstattung zur Vertragsausführung, § 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV .....	256
10. Unteraufträge, § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV .....	256
11. Muster und Bescheinigungen, § 46 Abs. 3 Nr. 11 VgV .....	256
G. IT-Zertifizierungen, IT-Gütezeichen, Qualitätssicherung und Umweltmanagement, §§ 34, 49 VgV, §§ 32, 49 SektVO, § 24 UVgO .....	256
I. IT-Zertifizierungen und -Gütezeichen, § 34 VgV, § 32 SektVO, § 24 UVgO .....	257
1. Anforderungen an Gütezeichen, § 34 Abs. 2 VgV .....	257
2. Akzeptanz anderer Nachweise, § 34 Abs. 4, 5 VgV .....	258
II. Qualitätssicherung und Umweltmanagement, § 49 VgV, § 49 SektVO .....	258
1. Qualitätssicherung (§ 49 Abs. 1 VgV) .....	258
2. Umweltmanagement (§ 49 Abs. 2 VgV) .....	259
H. Bietergemeinschaften, § 43 VgV, § 50 SektVO, § 32 UVgO .....	260
I. Gleichbehandlungsgebot, § 43 Abs. 2 Satz 1 VgV .....	261
II. Rechtsform und Anforderungen an Bewerber- und Bietergemeinschaften, § 43 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 3 VgV .....	261
III. Grenzen der Beteiligung von Bewerber- und Bietergemeinschaften .....	262
1. Kartellrechtliche Grenzen .....	262
2. Änderungen der Zusammensetzung .....	262
3. Mehrfachbeteiligungen .....	263

I. Unterauftragnehmer, § 36 VgV, § 34 SektVO, § 26 UVgO .....	263
I. Abgrenzungen .....	264
II. Benennung der Unterauftragnehmer, § 36 Abs. 1 VgV .....	264
III. Mitteilungspflichten, § 36 Abs. 3 VgV .....	265
IV. Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen, § 36 Abs. 4 VgV .....	265
V. Ausschluss und Ersetzung von Unterauftragnehmern, § 36 Abs. 5 VgV .....	265
J. Die Eignungsleihe, § 47 Abs. 1 bis 4 VgV, § 47 Abs. 1 bis 4 SektVO, § 34 UVgO .....	266
I. Eignungsleihe und Verpflichtungserklärung, § 47 Abs. 1 VgV .....	266
II. Überprüfung des Eignungsverleihers, § 47 Abs. 2 VgV .....	267
III. Gemeinsame Haftung, § 47 Abs. 3 VgV .....	267
K. Das Selbstausführungsgebot, § 47 Abs. 5 VgV, § 47 Abs. 5 SektVO, § 26 Abs. 6 UVgO .....	268
L. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 142 GWB, 32, 34, 45–47, 49f. SektVO .....	268
M. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 24, 26, 31 ff. UVgO .....	270
<b>§ 11 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln</b>	
A. Einleitung .....	272
B. Zuschlagskriterien, § 127 GWB, § 58 VgV .....	272
I. Überblick zur Wirtschaftlichkeit eines Angebots, § 127 Abs. 1 GWB, § 58 Abs. 1, Abs. 2 VgV .....	273
1. Niedrigste Preis als alleiniges Zuschlagskriterium, § 58 Abs. 2 S. 2 VgV .....	274
2. Kostenbezogene Zuschlagskriterien .....	275
3. Festpreise oder Festkosten, § 58 Abs. 2 S. 3 VgV .....	276
II. Leistungsbezogene Zuschlagskriterien im Einzelnen, § 127 Abs. 1 S. 4 GWB, § 58 Abs. 2 S. 2 VgV .....	276
1. Qualität, technische Werte, § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 VgV .....	276
2. Organisation, Qualität und Erfahrung des eingesetzten Personals, § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VgV .....	277
3. Support-Leistungen und Lieferbedingungen, § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 VgV .....	278
4. Innovative Aspekte .....	279
5. Präsentationen und Teststellungen .....	279
III. Materielle Anforderungen an die Zuschlagskriterien, § 127 Abs. 3, Abs. 4 GWB .....	280
1. Verbindung zum Auftragsgegenstand, § 127 Abs. 3 GWB .....	281
2. Bestimmtheit und Willkürverbot, § 127 Abs. 4 S. 1, 1. Halbsatz GWB .....	282
3. Wirksamer Wettbewerb und Diskriminierungsfreiheit, § 127 Abs. 4 S. 1, 2. u. 3. Halbsatz GWB .....	282
4. Überprüfbarkeit, § 127 Abs. 4 S. 1, 4. Halbsatz GWB .....	283
5. Zuschlagskriterien bei Haupt- und Nebenangeboten, § 127 Abs. 4 S. 2 GWB .....	284
IV. Gewichtung von Zuschlagskriterien und Bewertungsmatrix, § 58 Abs. 2 S. 1 VgV, § 58 Abs. 3 VgV .....	284
1. Mindestanforderungen durch Ausschlusskriterien (sog. A-Kriterien) .....	284
2. Bewertungskriterien (sog. B-Kriterien) .....	285
3. Kriterien-Hauptgruppen, Kriteriengruppen und Einzelkriterien .....	286
4. Arten der Gewichtung und Bewertungsmatrix .....	287
V. Bekanntmachung der Zuschlagskriterien und ihrer Gewichtung, § 127 Abs. 5 GWB, § 58 Abs. 3 S. 1 VgV .....	292



C. Wertungsformeln	293
I. Lineare Interpolation: die Umwandlung von Angebotspreisen in Preispunkte	293
II. Quotient aus Leistungspunkten und Angebotspreisen	294
1. Einfache Richtwertmethode	294
2. Einfache Richtwertmethode mit Gewichtungsfaktor	294
3. Erweiterte Richtwertmethode	295
D. Berechnung von Lebenszykluskosten, § 127 Abs. 3 GWB, § 59 VgV, § 53 SektVO	296
I. Allgemeines	296
II. Methode zur Berechnung von Lebenszykluskosten, § 59 Abs. 2 VgV	297
1. Anschaffungskosten, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 VgV	297
2. Nutzungskosten, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VgV	298
3. Wartungskosten, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 VgV	298
4. Kosten am Ende der Nutzungsdauer, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 VgV	298
III. Kosten externer Umweltbelastung, § 59 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 VgV iVm § 59 Abs. 3 VgV	298
IV. Unionsweit vorgeschriebene Berechnungsmethoden, § 59 Abs. 4 VgV	299
V. Bekanntgabe der Berechnungsmethode, § 59 Abs. 2 S. 1 VgV	299
E. Benchmarks Performance Tests	299
F. Besonderheiten im Sektorenbereich, § 53 SektVO	300
G. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte	300

## § 12 Sonstige Stellschrauben des Vergaberechts

A. Einleitung	301
B. Stellschraube Leistungsbestimmungsrecht	302
C. Stellschraube „Wahl der Vergabeart“	306
I. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	306
II. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und wettbewerblicher Dialog	307
D. Rahmenvereinbarungen und besondere Instrumente, § 103 Abs. 5, § 120 GWB, §§ 21 ff. VgV, §§ 19 ff. SektVO, §§ 15 ff. UVgO als Stellschrauben	310
E. Optionsrechte und Überprüfungs Klauseln	311
I. Bestimmtheiterfordernis	312
II. Wahrung der Identität des Beschaffungsgegenstandes	313
F. Stellschrauben durch „Qualitative Zuschlagskriterien“	314

## Kapitel 3 Einleitung des Vergabeverfahrens

### § 13 Die Bekanntmachungen

A. Einleitung	318
I. Überblick über die Bekanntmachungsarten	318
II. Standardformulare	319
B. Die EU-Auftragsbekanntmachung, § 37 VgV, § 40 VgV	320
I. Inhalt der Bekanntmachung	320
1. Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber	320
2. Abschnitt II: Gegenstand	321
3. Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben	323
4. Abschnitt IV: Verfahren	326
5. Abschnitt VI: Weitere Angaben	327
II. Versendung und Veröffentlichung der Bekanntmachung	328
III. Die Einrichtung eines Beschafferprofils	329
IV. Rechtsfolgen einer fehlenden EU-Auftragsbekanntmachung	329



C. Die EU-Vorinformation, § 38 VgV .....	330
I. Inhalte und Erstellung der EU-Vorinformation .....	331
1. Mindestinhalte einer einfachen EU-Vorinformation .....	331
2. Inhalte einer qualifizierten EU-Vorinformation zur Fristverkürzung .....	331
3. Inhalte einer qualifizierten EU-Vorinformation als Aufruf zum Wettbewerb .....	332
II. Vergabeverfahren .....	333
III. Veröffentlichung .....	334
IV. Rechtsfolgen einer EU-Vorinformation .....	335
D. Bereitstellung der Vergabeunterlagen, § 41 VgV, § 41 SektVO, § 29 UVgO .....	335
I. Elektronische Bereitstellung .....	336
II. Unentgeltliche, uneingeschränkte, vollständige und direkte Abrufbarkeit .....	336
1. Unentgeltlich .....	336
2. Uneingeschränkt und direkt .....	336
3. Vollständig .....	337
III. Ausnahmen .....	338
1. Technische Gründe, § 41 Abs. 2 VgV .....	338
2. Ausnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit, § 41 Abs. 3 VgV .....	339
IV. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 41 VgV .....	339
E. Direktauftrag und freiwillige Ex Ante-Transparenzbekanntmachung, § 135 Abs. 3 GWB .....	339
I. Inhalte der Bekanntmachung .....	340
II. Überprüfung durch die Nachprüfungsinstanzen .....	341
F. Die EU-Berichtigungsbekanntmachung .....	341
G. Die EU-Vergabebekanntmachung, § 39 Abs. 1 bis 4 VgV .....	342
I. Allgemeines .....	342
II. Inhalt und Erstellung der Bekanntmachung .....	343
III. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht, § 39 Abs. 6 VgV .....	343
IV. Rechtsschutz .....	344
H. Die EU-Auftragsänderungsbekanntmachung, § 39 Abs. 5 VgV .....	344
I. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 35 ff. SektVO .....	345
I. Regelmäßig nicht verbindliche Bekanntmachung, § 36 SektVO .....	346
II. Bekanntmachung eines Qualifizierungssystems, § 37 SektVO .....	346
J. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte, §§ 27 ff. UVgO und § 12 VOL/A .....	347
I. Rechtslage nach der UVgO .....	347
1. Auftragsbekanntmachung .....	347
2. Bereitstellung von Vergabeunterlagen .....	348
3. Vergabebekanntmachung .....	348
II. Rechtslage nach der VOL/A .....	348
III. Pflicht zur europaweiten Ex Ante-Transparenz .....	349

## Kapitel 4 Durchführung des Vergabeverfahrens

### § 14 Die Vergabeverfahrensarten

A. Einleitung .....	351
B. Besonderheiten bei Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, § 116 Abs. 1 Nr. 2 GWB .....	352
I. Allgemeines .....	353
II. Ausnahme von Forschungs- und Entwicklungsleistungen .....	353
III. Rückausnahme .....	354
1. Nicht privilegierungswürdige Dienstleistungen .....	354
2. Ausschließliches Eigentum .....	354
3. Vergütung durch den Auftraggeber .....	355

# Inhaltsverzeichnis

C. Wahl der Verfahrensart, § 119 Abs. 1, 2 GWB, § 14 VgV, § 13 SektVO .....	356
I. Überblick über die Verfahrensarten, § 119 Abs. 1 GWB .....	356
II. Rangverhältnis der Verfahrensarten, § 119 Abs. 2 GWB .....	357
III. Folgen bei Wahl einer unzulässigen Verfahrensart .....	359
D. Die einzelnen Verfahrensarten, § 119 GWB, §§ 16–19 VgV, §§ 15–18 SektVO .....	360
I. Offenes Verfahren, § 119 Abs. 3 GWB .....	361
1. Begriff und Bedeutung .....	361
2. Ablauf des offenen Verfahrens .....	361
II. Nicht offenes Verfahren, § 119 Abs. 4 GWB .....	362
1. Begriff und Bedeutung .....	362
2. Ablauf des nicht offenen Verfahrens .....	363
III. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb, § 119 Abs. 5 GWB .....	364
1. Begriff und Bedeutung .....	364
2. Zulässigkeit .....	365
3. Ablauf des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb .....	370
IV. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb, § 119 Abs. 5 GWB .....	372
1. Begriff und Bedeutung .....	372
2. Zulässigkeit .....	373
3. Ablauf des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb .....	381
V. Wettbewerblicher Dialog, § 119 Abs. 6 GWB .....	382
1. Begriff und Bedeutung .....	382
2. Zulässigkeit .....	383
3. Ablauf des wettbewerblichen Dialogs .....	383
VI. Innovationspartnerschaft, § 119 Abs. 7 GWB .....	385
1. Begriff und Bedeutung .....	385
2. Zulässigkeit .....	386
3. Ablauf des Verfahrens und Phasen der vertraglichen Zusammenarbeit .....	386
E. IT-Planungswettbewerbe, § 103 Abs. 6 GWB .....	387
F. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte .....	388
<b>§ 15 Die Teilnahme- und Angebotsphase</b>	
A. Einleitung .....	389
B. Fristenmanagement, §§ 15 ff., 20, 24 VgV; §§ 13 ff., 16, 65 SektVO; §§ 12 Abs. 6, 13, 54 UVgO .....	391
I. Relevante Fristen .....	391
II. Rechtlicher Prüfungsmaßstab der Angemessenheit der Fristsetzung .....	392
III. Grundlagen der Fristenberechnung .....	392
1. Verschiedene Begriffe für Tagesfristen .....	393
2. Beginn und Ende von Tagesfristen .....	393
3. Definitionen verschiedener Fristen .....	393
IV. Gesetzliche Fristen nach VgV .....	394
1. Offenes Verfahren .....	394
2. Nicht offenes Verfahren .....	396
3. Verhandlungsverfahren mit und ohne Teilnahmewettbewerb .....	397
4. Wettbewerblicher Dialog .....	397
5. Innovationspartnerschaft .....	397
V. Fristen nach SektVO .....	398
VI. Fristen nach UVgO .....	399
VII. Rechtsfolgen und Rechtsschutz bei Versäumnis der Fristen .....	400
C. Umgang mit Bewerber-, Bieterfragen und Rügen .....	401
I. Überblick .....	401
II. Umfang der Auskunftspflicht .....	401

III. Antworten auf Bieterfragen .....	402
IV. Zeitlicher Rahmen der Beantwortung .....	403
V. Rügepflicht .....	404
VI. Form der Rügeplik .....	404
D. Öffnung der Teilnahmeanträge und der Angebote .....	404
I. Überblick .....	404
II. § 55 VgV als wesentliche Vorschrift .....	405
1. Öffnung des Teilnahmeantrags oder anderweitiger Unterlagen .....	405
2. Öffnung des Angebots .....	405
III. Detailregelungen für besondere Bereiche .....	407
E. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 13 UVgO .....	408
I. Überblick .....	408
II. Angemessene Angebotsfrist .....	408
III. Bindefrist .....	409
IV. Fristverlängerungen .....	409
<b>§ 16 Prüfung und Wertung – Teil I</b>	
A. Einleitung .....	411
B. Die formale Prüfung, §§ 56 Abs. 1, 57 Abs. 1 VgV, § 51 Abs. 1 SektVO, §§ 41 Abs. 1, 42 Abs. 1 UVgO .....	412
C. Prüfung der Unternehmen .....	414
I. Prüfung von Ausschlussgründen, §§ 122 ff. GWB, § 42 VgV, § 51 Abs. 1 SektVO, § 31 Abs. 2 UVgO .....	414
1. Vorliegen eines Ausschlussgrundes .....	414
2. Grenzen der Berücksichtigungsfähigkeit .....	415
3. Ab 2021/2022: Wettbewerbsregister .....	416
II. Prüfung der Eignung, §§ 42 ff. VgV, §§ 45 ff. SektVO, §§ 31 ff. UVgO .....	417
1. Eignungskriterien .....	417
2. Prüfung anhand der Eignungsnachweise .....	418
3. Wertung durch Eignungsprognose .....	420
III. Begrenzung der Teilnehmerzahl, § 51 VgV, §§ 45 Abs. 3, 46 SektVO, §§ 31 Abs. 3, 36 UVgO .....	422
IV. Zeitpunkt der Prüfung .....	423
D. Prüfung der Erfüllung von besonderen Bedingungen für die Auftragsausführung, §§ 128 f. GWB, § 61 VgV .....	424
E. Nachforderung und Aufklärung .....	425
I. Nachforderung von Unterlagen, § 56 Abs. 2–5 VgV, § 51 Abs. 2–5 SektVO, § 41 Abs. 2–5 UVgO .....	426
II. Aufklärung und Verhandlungsverbot, § 15 Abs. 5 VgV, § 48 Abs. 7 VgV .....	427
F. Ausschluss von Unternehmen, Teilnahmeanträgen und Angeboten, §§ 122 ff. GWB, §§ 56 f. VgV .....	429
I. Ausschluss .....	429
II. Information der Unternehmen .....	430
III. Rechtsschutz .....	430
G. Besonderheiten in anderen Bereichen .....	431
I. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 37, 48 SektVO .....	431
II. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte .....	432
<b>§ 17 Prüfung und Wertung – Teil II</b>	
A. Einleitung .....	433
B. Prüfung der Angemessenheit der Angebote (sog. Preisprüfung), § 60 VgV .....	434
I. Ungewöhnlich niedrige Angebote .....	435
1. Ermittlung ungewöhnlich niedrig erscheinender Angebote .....	435
2. Aufklärung durch den Bieter (Abs. 1) .....	437

3. Prüfung der Zusammensetzung der Angebote (Abs. 2) .....	440
4. Entscheidung über den Angebotsausschluss .....	443
5. Bieterschutz .....	446
II. Ungewöhnlich hohe Angebote .....	448
C. Prüfung anhand der Zuschlagskriterien (sog. Angebotswertung), § 127 GWB, § 58 f. VgV .....	449
I. Maßstab für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots, § 58 VgV, § 127 Abs. 1 GWB .....	449
1. Der Preis bzw. die Kosten des Angebots .....	450
2. Sonstige leistungsbezogene Zuschlagskriterien .....	451
3. Bewertungsmethoden und Bewertungsmatrix nach UfAB 2018 .....	451
II. Durchführung der Wertung .....	453
1. Bindung an die Zuschlagskriterien .....	453
2. Beurteilungsspielraum des Auftraggebers .....	454
3. Einholung von Nachweisen, § 58 Abs. 4 VgV .....	455
4. Entscheidung durch den Auftraggeber nach dem 4-Augen-Prinzip, § 58 Abs. 5 VgV .....	455
5. Begründungs- und Dokumentationspflicht .....	455
6. Bieterschutz .....	457
D. Aufklärungsgespräche, Verhandlungen und Dialoge über Angebotsinhalte .....	457
I. Offenes und nicht offenes Verfahren, § 15 Abs. 5 (iVm § 16 Abs. 9) VgV ....	458
1. Zulässige Aufklärung von Unklarheiten (S. 1) .....	458
2. Abgrenzung zum Verhandlungsverbot (S. 2) .....	459
II. Verhandlungsverfahren, § 17 VgV .....	460
1. Verhandlungen über den gesamten Vertragsinhalt .....	460
2. Grenzen des Verhandlungsspielraums .....	460
III. Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft .....	461
1. Wettbewerblicher Dialog, § 18 VgV .....	461
2. Innovationspartnerschaft, § 19 VgV .....	462
E. Teststellungen und Präsentationen .....	463
I. Begriffsklärung und Grundlagen .....	463
II. Vergaberechtliche Anforderungen an Teststellungen .....	464
III. Vergaberechtliche Anforderungen an Präsentationen .....	466
F. Besonderheiten im Sektorenbereich, §§ 52, 54 SektVO .....	467
G. Besonderheiten unterhalb der EU-Schwellenwerte, §§ 43, 44 UVgO, §§ 16, 18 VOL/A .....	468
<b>§ 18 Beendigung des Vergabeverfahrens</b>	
A. Einleitung .....	469
B. Zuschlagerteilung .....	470
I. Voraussetzungen der Zuschlagerteilung .....	471
1. Zuschlagfähiges Angebot .....	471
2. Informationspflicht und Stillhaltefrist .....	472
3. Form der Zuschlagerteilung .....	478
4. Inhaltliche Anforderungen an den Zuschlag .....	479
5. Zeitpunkt der Zuschlagerteilung .....	480
II. Wirksamer Zuschlag und dessen Rechtsfolgen .....	481
III. Unwirksamer Zuschlag und dessen Rechtsfolgen .....	482
C. Aufhebung des Vergabeverfahrens .....	482
I. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen der Aufhebung .....	483
II. Kein Kontrahierungszwang .....	484
III. Aufhebungstatbestände .....	485
1. Geltungsbereich .....	485

2. Ausnahmecharakter der Aufhebungstatbestände; Darlegungs- und Beweislast .....	486
3. Die einzelnen Aufhebungstatbestände .....	486
4. Teilaufhebung .....	494
IV. Ermessensentscheidung des Auftraggebers .....	494
V. Mitteilungspflichten .....	495
VI. Rechtsschutz gegen die Aufhebung .....	495
1. Primärrechtsschutz: Die Aufhebung der Aufhebung .....	496
2. Sekundärrechtsschutz: Geltendmachung von Schadensersatz .....	501

**Kapitel 5 Rechtsfolgen bei Verstößen und Rechtsschutz**

**§ 19 Rechtsschutz, Rügen und Nachprüfungsanträge**

A. Einleitung .....	506
B. Rügen und Nachprüfungsanträge, §§ 155 ff. GWB .....	507
I. Vergabekammern §§ 155 ff. GWB .....	507
II. Formale Vorschriften für einen Nachprüfungsantrag §§ 160 Abs. 1, 161 GWB .....	509
III. Antragsbefugnis § 160 Abs. 2 GWB .....	512
IV. Rügeobliegenheit, Präklusion § 160 Abs. 3 GWB .....	514
1. Rügeobliegenheit hinsichtlich erkannter Vergabeverstöße .....	516
2. Rügeobliegenheit hinsichtlich aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbarer Vergabeverstöße .....	517
3. Ausnahmen von der Rügeobliegenheit .....	518
V. Antragsfrist § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB .....	519
VI. Verfahrensbeteiligte, Beiladung § 162 GWB .....	520
VII. Untersuchungsgrundsatz § 163 Abs. 1 GWB .....	521
VIII. Vorprüfung und Übermittlung § 163 Abs. 2 Satz 1 GWB, Zuschlagsverbot § 169 Abs. 1 GWB .....	522
1. Vorprüfung § 163 Abs. 2 Satz 1 GWB .....	523
2. Übermittlung § 163 Abs. 2 Satz 3 GWB, Zuschlagsverbot § 169 Abs. 1 GWB .....	523
IX. Akteneinsicht § 165 GWB .....	525
1. Umfang der Akteneinsicht .....	526
2. Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen .....	526
3. Hinweispflicht auf geheimhaltungsbedürftige Inhalte .....	527
4. Entscheidung über die Akteneinsicht .....	528
X. Mündliche Verhandlung § 166 GWB .....	529
XI. Verfahrensbeschleunigung § 167 GWB, § 171 Abs. 2 GWB .....	531
1. Fünf-Wochen-Frist .....	531
2. Verlängerung der Frist .....	532
3. Mitwirkungspflichten der Beteiligten .....	533
4. Fristsetzung, Nichtberücksichtigung von Tatsachenvortrag .....	534
XII. Entscheidung der Vergabekammer § 168 GWB .....	535
1. Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtsverletzung .....	535
2. Keine Aufhebung eines wirksamen erteilten Zuschlags .....	537
3. Fortsetzungsfeststellungsantrag .....	538
4. Entscheidung durch Verwaltungsakt .....	539
XIII. Gestattung der vorläufigen Zuschlagserteilung § 169 Abs. 2 GWB und vorläufige Maßnahmen nach § 169 Abs. 3 GWB .....	540
1. Vorabgestattung des Zuschlags .....	540
2. Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Vergabekammer nach § 169 Abs. 2 GWB .....	542

3. Vorläufige Maßnahmen nach § 169 Abs. 3 GWB .....	543
XIV. Kosten des Verfahrens vor der Vergabekammer §§ 182 GWB .....	543
1. Kosten des Verfahrens vor der Vergabekammer .....	544
2. Erstattung von Aufwendungen (insbesondere Rechtsanwaltskosten) .....	546
3. Kein Kostenfestsetzungsverfahren vor der Vergabekammer .....	547
XV. Das Beschwerdeverfahren vor dem Vergabesenat am Oberlandesgericht	
§§ 171 bis 178 GWB .....	548
1. Vergabesenate .....	548
2. Verfahrensrecht .....	548
3. Geltung von Vorschriften des GVG und der ZPO .....	550
4. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde .....	551
5. Beschwerdefrist .....	552
6. Beschwerdebegründung .....	553
7. Aufschiebende Wirkung der Beschwerde .....	553
8. Antrag auf Verlängerung des Zuschlagsverbots bis zur Entscheidung über die Beschwerde .....	553
9. Zuschlagsgestattung im Beschwerdeverfahren .....	555
10. Entscheidung über die sofortige Beschwerde .....	557
11. Divergenzvorlage an den BGH .....	559
C. Rechtsschutz unterhalb der EU-Schwellenwerte, § 935 ZPO, § 19 ThürVgG, § 19 LVG LSA .....	560
I. Zuständigkeit der Vergabekammern aufgrund Landesrechts .....	560
II. Rechtsschutz vor den ordentlichen Gerichten .....	561
D. Schadensersatzansprüche, § 181 GWB, §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB .....	562
I. Schadensersatz nach § 181 GWB .....	562
II. Schadensersatzansprüche aus vorvertraglichem Schuldverhältnis .....	563
E. Rückforderung von gewährten Zuwendungen .....	565
 <b>Kapitel 6 Besonderheiten während der Vertragsausführung</b> <b>§ 20 Umgang mit Vertragsänderungen</b>  	
A. Einleitung .....	569
I. Typologie von Auftragsänderungen .....	569
II. Gang der Darstellung und Prüfungsschema .....	571
B. Vorfrage: Unkritische Abweichungen im Projektverlauf oder vergaberechtsrelevante Auftragsänderung? .....	574
I. Vertraglich antizipierte Auftragsänderungen .....	574
1. Optionen in Bezug auf den Leistungsgegenstand .....	575
2. Optionen für eine Vertragsverlängerung und quantitative Ausschöpfung in der Regellaufzeit .....	577
3. Nachfolgeprodukte bei Rahmenvereinbarung und Preisanpassungsregelungen .....	579
4. Austausch der Vertragsparteien oder von Nachunternehmern .....	580
5. Change Request-Klauseln .....	581
II. Faktische oder operative Auftragsänderungen .....	582
1. Keine willentliche Änderung des Auftrags .....	582
2. Höhere Gewalt und Störung der Geschäftsgrundlage in Krisenzeiten am Beispiel der Corona-Pandemie .....	582
3. Schlechtleistung und verspätete Leistung .....	583
4. Abkündigung von Produkten .....	584

C. Zusätzliche Lieferungen und Leistungen im Rahmen zulässiger Auftragsänderungen oder im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb .....	584
I. Zusätzliche Lieferungen und Dienstleistungen oder Auftragserweiterung? ....	585
II. Direktvergabe für zusätzliche Lieferleistungen .....	588
D. Auftragsänderungen nach § 132 GWB .....	589
I. Konzeption der gesetzlichen Regelung zu wesentlichen Auftragsänderungen .....	589
II. Systematischer Aufbau des § 132 GWB .....	590
III. Überschreitung der Bagatellgrenzen (§ 132 Abs. 3 GWB) .....	591
IV. Ausnahmsweise keine Neuvergabe erzwingende Auftragsänderungen (§ 132 Abs. 2 GWB) .....	592
1. Systematik der Ausnahmetatbestände und ihre Relevanz für IT-Vergaben .....	592
2. Ausnahmetatbestände mit Wertgrenze: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und 3 GWB .....	593
3. Ausnahmetatbestände, nach denen es darauf ankommt, ob der „Gesamtcharakter“ des Auftrags verändert wird: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 3, Abs. 3 GWB .....	594
4. Zulässige Auftragsänderungen, die eine EU-Bekanntmachung erfordern .....	595
5. Optionen und zusätzliche Lieferungen und Leistungen: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und 2 GWB .....	596
6. Änderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 GWB .....	597
7. Ersetzung des Auftragnehmers: § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 GWB .....	598
V. Wesentliche Auftragsänderungen (§ 132 Abs. 1 GWB) .....	598
1. Benannte wesentliche Auftragsänderungen .....	598
2. Unbenannte wesentliche Auftragsänderungen .....	600
E. Sanktionierung bei wesentlichen Auftragsänderungen .....	601
I. Kündigungsrecht des Auftraggebers nach § 133 Abs. 1 Nr. 1 GWB .....	601
II. Unwirksamkeit bei unterbliebener Neuvergabe nach § 135 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 GWB .....	603

**Kapitel 7 IT-Vergaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich**

**§ 21 Besonderheiten bei der IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich**

A. Einleitung .....	605
B. IT-Beschaffung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich, § 104 GWB, § 1 ff. VSVgV .....	606
I. Verteidigungs- oder sicherheitsspezifische öffentliche Aufträge § 104 GWB .....	607
1. Aufträge über die Lieferung von Militärausrüstung (Nr. 1) .....	608
2. Lieferung von Ausrüstung, die im Rahmen eines Verschlussachenauftrags vergeben wird (Nr. 2) .....	608
3. Andere Aufträge im unmittelbaren Zusammenhang mit Aufträgen iSv Nr. 1 und Nr. 2 (Nr. 3) .....	610
4. Leistungen speziell für militärische Zwecke oder im Rahmen eines Verschlussachenauftrags (Nr. 4) .....	610
II. Verfahrensarten, § 146 GWB, §§ 11, 12 VSVgV .....	611
1. Nicht offenes Verfahren/Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb .....	611



2. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb .....	611
III. Leistungsbeschreibung und technische Anforderungen, § 15 VSVgV .....	614
IV. Besondere Anforderungen an Informations- und Versorgungssicherheit .....	615
1. Eignungsanforderungen und Ausschlussgründe, §§ 21 ff. VSVgV .....	616
2. Besondere Ausführungsbedingungen, § 128 Abs. 2 GWB .....	617
3. Wahrung der Vertraulichkeit, § 6 VSVgV .....	618
4. Schutz von Verschlussachen, § 7 VSVgV .....	618
5. Gewährungsleistung von Versorgungssicherheit, § 8 VSVgV .....	621
6. Zuschlagskriterien, § 34 Abs. 2 VSVgV .....	622
V. Informationsübermittlung .....	622
VI. Rahmenvereinbarungen, § 14 VSVg .....	623
C. Leitlinien für die kooperative Beschaffung, Bekanntmachung der Kommission 2019/C 157/01 .....	624
I. Verfahrensmöglichkeiten gemeinsamer Beschaffung .....	626
1. Gemeinsame Beschaffung ohne Inanspruchnahme einer zentralen Beschaffungsstelle .....	626
2. Gemeinsame Beschaffung mit Inanspruchnahme einer zentralen Beschaffungsstelle .....	626
II. Kooperation bei Entwicklung und Modernisierung .....	627
III. Auftragsvergabe durch internationale Organisationen .....	627
IV. Konvergenz der bestehenden Fähigkeiten zwischen den Staaten .....	628
D. Besonderheiten unterhalb der Schwellenwerte .....	628
I. Verfahrensarten (§ 51 Abs. 1 UVgO) .....	629
II. Schutz von Verschlussachen (§ 51 Abs. 2 UVgO) .....	630
III. Gewährungsleistung von Versorgungssicherheit (§ 51 Abs. 3 UVgO) .....	630
IV. Ausschluss von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen (§ 51 Abs. 4 UVgO) .....	630
<b>§ 22 Die Anwendung des Preisrechts nach der Verordnung PR 30/53</b>	
A. Einleitung .....	631
I. Begriff und Regelungszweck des öffentlichen Preisrechts .....	631
II. Wesentliche Grundsätze des öffentlichen Preisrechts .....	633
1. Das Höchstpreisprinzip nach § 1 Abs. 3 VO PR 30/53 .....	634
2. Das Festpreisprinzip nach § 1 Abs. 2 S. 1 VO PR 30/53 .....	635
3. Die Preistreppe .....	635
4. Die Geschlossenheit der VO PR .....	638
B. Anwendungsbereich des öffentlichen Preisrechts, § 2 VO PR 30/53 .....	638
I. Personeller Anwendungsbereich .....	638
1. Öffentlicher Auftraggeber, § 2 Abs. 1 VO PR 30/53 .....	638
2. Auftragnehmer .....	639
3. Mittelbare Leistungen nach § 2 Abs. 4 VO/PR 30/53 .....	640
II. Sachlicher Anwendungsbereich: Öffentlicher Auftrag nach § 2 Abs. 1 VO PR 30/53 .....	642
C. Der Marktpreis (§ 4 VO PR) und das Verhältnis des Preisrechts zum Vergaberecht .....	643
I. Begriff des Marktpreises nach § 4 VO PR 30/53 .....	643
1. Der ursprüngliche Marktpreis nach § 4 Abs. 1 VO PR 30/53 .....	644
2. Der abgeleitete Marktpreis nach § 4 Abs. 2 VO PR 30/53 .....	646
3. Der modifizierte Marktpreis nach § 4 Abs. 4 VO PR .....	647
II. Das Verhältnis von Marktpreis und Vergaberecht .....	647
1. Herrschende Meinung: Betriebssubjektiver Marktpreis als Höchstpreis ...	648
2. Andere Ansicht: Wettbewerbspreis als Höchstpreis .....	648
3. Stellungnahme .....	648



D. Selbstkostenpreise, §§ 5 ff. VO PR 30/53 .....	650
I. Preistypen der Selbstkostenpreise .....	650
II. Zulässige Höhe der Selbstkostenpreise .....	651
1. Allgemeine Regelungen des LSP .....	651
2. Besonderheiten in den Verträgen des BMVg und des BAAINBw .....	653
E. Preisprüfung, § 9 ff. VO PR 30/53 .....	653
I. Aufgabe der Preisüberwachung und Zuständigkeit .....	653
II. Überblick: Inhalt und Ablauf der Prüfung .....	654
III. Besonderheiten im Verteidigungssektor .....	655
Sachverzeichnis .....	657

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG